



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 03. Januar 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- 5.022 Menschen sind im vergangenen Jahr auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen (Zahl des UNHCR am 29.12.16).  
<http://jungle-world.com/von-tunis-nach-teheran/3989/> (31.12.16)

#### *Bund, Land, Kommune*

- Der Familiennachzug wird für Geflüchtete mit Erhalt des subsidiären Schutzstatus<sup>1</sup> für zwei Jahre ausgesetzt. Dies ist einer Panne der SPD-Minister\*innen in der Ressortabstimmung zum damaligen Asylpaket 2 zu verdanken. Denn viel mehr noch: die SPD-Minister\*innen hatten damals auch der Aussetzung des Elternnachzugs für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete zugestimmt, Bundesjustizminister Heiko Maas konnte Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Nachhinein noch eine Einzelfallprüfung abringen. Nur, diese Härtefallregelung wurde nie umgesetzt, wie eine Anfrage der Grünen ergab. Dies ist umso verwunderlicher, als dass die Kompetenz dazu neben dem Innenministerium auch dem SPD-geführten Auswärtigen Amt übertragen wurde, wo die SPD doch noch davon sprach, die Humanität durchgesetzt zu haben.  
<https://www.tagesschau.de/inland/familiennachzug-131.html> (27.12.16)
- Bevor die Forderungen, die nach dem Anschlag in Berlin vom 19. Dezember 2016 kurz wiedergegeben werden, sei direkt auf die zwei Kommentare von Heribert Prantl zum Tempo des Forderns und zur Substanz der Forderungen unter „Hintergrund und Meinung“ verwiesen.  
Sicherheits- und Zuwanderungspolitik werden in der politischen Rhetorik einiger wieder auf das Engste miteinander verknüpft. Die CSU überbietet die AfD regelrecht. Am Dienstag dieser Woche schlägt Bundesinnenminister Thomas de Maizière in der *FAZ* in einem Gastbeitrag mit weiteren Vorschlägen auf, die vor allem den Bund stärken sollen. Folgende, die Asylpolitik direkt betreffende Forderungen stehen im Raum:
  - Rückführungen nach Afrika.
    - Nach Bundesinnenminister Thomas de Maizière nun voraussichtlich auch von der CSU gewollt. Ein entsprechender Entschluss soll auf der Klausurtagung der CSU Landesgruppe in dieser Woche gefasst werden.
  - Abschiebehaft mittels neuem Haftgrund Gefährdung öffentliche Sicherheit.

- Bereits nach Ansbach und Würzburg von Thomas de Maizière gefordert, wird jetzt bei der CSU-Klausur aufgegriffen. Die SPD weist darauf hin, dass der Begriff „Gefährder\*in“ juristisch nicht definiert ist und sie die Einführung des Haftgrundes ablehnt. Diese sei rechtsstaatlich nicht hinnehmbar, ohne Tat könne es schließlich keine Strafe geben.
  - Obergrenze
    - Die CSU will sie wieder beziehungsweise nutzt wieder den Begriff. Die CDU lehnt sie ab. Julia Klöckner, CDU-Fraktionsvorsitzende in Rheinland-Pfalz, kann auch nicht nachvollziehen, was eine Obergrenze gegen Terrorismus anrichten soll. Generell: CDU und CSU haben ihren labilen Frieden offenbar wieder beendet.
- Von de Maizière im Gastbeitrag in der *FAZ* erhobene, asyl- und sicherheitspolitisch relevante Forderungen:
  - Abschiebehaft auf Anordnung des Bundeskriminalamts
  - ergänzende Vollzugszuständigkeit bei der Aufenthaltsbeendigung durch den Bund (heißt, bei der Entscheidung über Abschiebungen), dafür möchte er Bundesausreisezentren einrichten
  - komplette Verwaltung des Verfassungsschutzes durch den Bund, Auflösung der Landesverfassungsschutzämter
  - Verdachtsunabhängige Personenkontrollen (Schleierfahndungen) im gesamten Bundesgebiet, nicht nur in 30km Grenznähe
- Von Thomas de Maizière im Gastbeitrag in der *FAZ* aufgestellte Meinungen
  - Die EU-Asylverfahrensrichtlinie sei ein Hindernis bei der Einstufung eines Landes als sicherer Drittstaat.
  - Es brauche eine „nationale Kraftanstrengung“ bei Abschiebungen.
- Weitere, sicherheitspolitische Forderungen: elektronische Fußfesseln für aus der Haft Entlassene (will Bundesjustizminister Heiko Maas, SPD,), Observierung Minderjähriger ab 14 Jahren durch den Verfassungsschutz (von der CSU), Verschärfung des Jugendstrafrechts, d.h. Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren soll nicht mehr das Jugend- sondern das Erwachsenenstrafrecht überwiegen (CSU).  
 Die Widerspiegelung der Forderungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.  
[http://www.deutschlandfunk.de/nach-anschlag-in-berlin-cdu-und-csu-streiten-wieder-ueber.1818.de.html?dram:article\\_id=374514](http://www.deutschlandfunk.de/nach-anschlag-in-berlin-cdu-und-csu-streiten-wieder-ueber.1818.de.html?dram:article_id=374514) (21.12.16)  
<http://www.fr-online.de/politik/sicherheitsgesetze-abschiebehaft-und-elektronische-fussfesseln,1472596,35040560.html> (27.12.16)  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-de-maiziere-fordert-einen-staerkeren-staat-14601999.html> (02.01.17)
- Die Verwaltungsgerichte rechnen für das gesamte Jahr 2016 mit einer Verdoppelung der Klagen gegen Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Damit sich die verwaltungsrechtlichen Verfahren nicht verlängern, was im Durchschnitt momentan noch nicht der Fall ist, müssten dringend neue Stellen geschaffen werden, so der Bund Deutscher Verwaltungsrichter.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylrecht-gerichte-erwarten-doppelt-so-viele-klagen-a-1127455.html> (24.12.16)
- Der Verein „Mission Lifeline“ aus Dresden hat es sich zum Ziel gesetzt, ein Boot für die Seenotrettung zu erwerben, dafür ist der Verein auf [Spenden](#) angewiesen. Der Verein sah sich gezwungen, sich gegen Lutz Bachmann, Organisator von Pegida, mit einer Unterlassungsklage zu wehren. Bachmann hatte den Verein als Gesetzesbrecher bezeichnet, der die Zerstörung Europas bewirke – indem er Menschen rette.  
<http://www.mdr.de/sachsen/bachmann-unterlassungsklage-seenotrettung-100.html> (03.01.17)
- In Belgien hat ein Gericht entschieden, die Abschiebung einer Frau und ihrer Kinder nach Deutschland zu untersagen. Es sei nicht gesichert, dass die Familie hier eine menschenwürdige Unterkunft erhalte.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1036979.belgien-abschiebung-nach-deutschland-verboten.html> (30.12.16)

## Hintergrund und Meinung

- Die bisherigen Gesetze reichen aus, um Terrorist\*innen wie Anis Amri zu fassen, die Behörden müssten die rechtlichen Spielräume nur nutzen, denn: das Recht sei bereits scharf. Das sei hier nicht geschehen, so Heribert Prantl von der *SZ*.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/anschlag-auf-berliner-weihnachtsmarkt-die-behoerden-haetten-amri-packen-koennen-1.3306358> (22.12.16)
- Heribert Prantl von der *SZ* konstatiert Horst Seehofer den Missbrauch der Opfer von Berlin, keinerlei politischen Anstand und eine Rhetorik, die sich nur noch in Nuancen von der AfD unterscheidet.  
[https://www.facebook.com/ihre.sz/videos/1236164479808262/?hc\\_ref=PAGES\\_TIMELINE](https://www.facebook.com/ihre.sz/videos/1236164479808262/?hc_ref=PAGES_TIMELINE)  
(20.12.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe